

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nr. 2324.
Kaz für Nachdruck: 2011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Druck- und Verlagsanstalt:
Hansische Druckerei Dresden.
Postfach-Nr. 19335 Leipzig.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unrechtmäßige Schätzpreise werden nicht aufbewahrt.

Vor dem Beginn der Versailler Konferenz.

Der Geist Talleyrands.

Talleyrand war 1815 der Vertreter Frankreichs auf dem Wiener Kongress. Von ihm stammt das berühmte oder richtiger gesagt, berühmte Wort, daß die Sprache in der Diplomatie dazu da sei, um die wahren Gedanken zu verbergen, und der Urheber dieser hinterhältigen Lehre verstand sie damals so geschickt in die Praxis umzusetzen, daß infolge seiner intriganten Manöver die verbündeten Mächte sich ernstlich in die Haare gerieten, wodurch die Stellung Frankreichs auf dem Kongress zwar für den Augenblick erleichtert und entspannt wurde, aber nicht, ohne daß in der internationalen Gesamtsache geschleifte Keime künftiger Vermittlungen zurückblieben. Unter Minister des Auswärtigen, Graf Brodhors-Mansau, hat sich bekanntlich gegen eine deutsche Nachahmung dieser Methode auf dem Pariser Kongress ausgesprochen und lokale Offenherzigkeit als das wirksamere Mittel erklärt, um die für die Zukunft Europas so überaus notwendige Verständigung der Völker anzubahnen. Der deutsche Charakter kennt, weiß, daß die Erklärung des Grafen Brodhors der Ausdruck einer wirklichen inneren Ueberzeugung und nicht bloß ein Scheinmandat ist, um unliebsame Gegner über unsere wahren Absichten zu täuschen. In Paris hält man es aber für angebracht, Deutschland von vornherein Talleyrandische Pläne unterzuschieben und benutzt dazu den denkbar ungeeignetsten Anlaß, nämlich den aus schließlich von französischer Seite verschuldeten Zwischenfall, der sich aus der ungenauen Abfassung der an Deutschland gerichteten Einladungsnote zu den Friedensverhandlungen ergeben hat. Die französische Presse ergeht sich auf Clemenceaus Kommando in heftigen Ausfällen gegen angebliche deutsche Verschleppungsmanöver und „imperialistische Widerstreblichkeit“, und prompt antwortet auch das Echo aus der Londoner Korrespondenz-Presse, die der Meinung Ausdruck gibt, Deutschland wolle die Alliierten zersplittern und glaube bei diesem Behalten, durch Lenin im Rücken gedeckt zu sein. Die Alliierten seien jedoch leicht in der Lage, derartige Manöver zurück zu weisen, und sie würden gegebenenfalls nicht zögern, von den „vielen nachdrücklichen Vertrauensmitteln“, über die sie verfügten, Gebrauch zu machen.

Das ist eine sehr unharmonische und wenig versöhnungsvolle Besetzung zu der Erklärung der Versailler Friedenskonferenz. Die Talleyrands sind nicht bei uns, sondern in Paris und London zu Hause, und gegenüber ihren Manövern und Verdröhnungen kann nur noch mehr mit allem Nachdruck festgehalten werden, daß die deutsche Regierung nicht anders handeln konnte und durfte, als sie getan hat, weil in der Einladungsnote ganz klar und deutlich nur von einer einfachen Entgegennahme der Bedingungen die Rede war, ohne ein Sterbenswörtchen von Bevollmächtigung unserer Abgeordneten zum Verhandeln und Unterzeichnen. Die Regierung kann sicher sein, daß sie in diesem Punkte die gesamte öffentliche Meinung hinter sich hat, mit Ausnahme der Unabhängigen, deren Organ, die „Freiheit“, es fertig bringt, die Erklärung des Reichspräsidenten, welcher die letzte, noch eine künftige Regierung würde es wagen dürfen, einen der 14 Punkten Willens widerstrebenden Frieden zu vollziehen, als eine „verwerflichen Unzufriedenheit“ zu bezeichnen; man wolle nur unter dem Deckmantel des Willensfriedens „einen neuen strengen Schwindel, eine neue Kampagne zur Entfaltung der nationalen Leidenschaften Deutschlands in Szene setzen“. Diese Unterstellungen richten sich selbst und brauchen bloß wiederholt zu werden, soweit das deutsche Urteil in Frage kommt. Unsere Gegner aber werden sich ins Fäustchen lachen, daß ihrem verhassten Talleyrand-Geist in solcher unverantwortlichen Weise aus eigenen deutschen Reihen Unterstützung zuteil wird. Die Folge kann nur sein, daß alle im Schoße der Entente selbst sich regenden Widerstände gegen einen Gewaltfrieden in ihrer Wirksamkeit gelähmt oder bestenfalls erheblich abgeschwächt werden. Es ist wieder einmal ein richtiger Hexenkessel, der in der Pariser und Londoner Presse gegen und nicht ohne Erfolg. Wir müssen gegenüber dieser aufschäumenden Glatte unsere kühle Ruhe bewahren und festhalten an dem, was recht ist. Mit Talleyrandischen Kniffen, die wohl Augenwinkerspiele erzielen, aber nie und nimmer dauernde Trublung schaffen können, ist das große Problem des Neubaus Europas nicht zu lösen. Der Geist Talleyrands hat seit 1815 die gesamte internationale europäische Politik andauernd vergiftet und die gemittertswürdige Atmosphäre des allgemeinen Mißtrauens erzeugt, die 1914 sich im Weltkrieg entlud. Bisward hat diesen Zustand allseitig schwer empfunden und sich nicht demüßigt der Wahrheit auch in der Diplomatie zum Siege zu verschließen und Deutschland zum „ehelichen Kaiser“ Europas zu machen. Dieser Ruf werden wir auch jetzt getreu bleiben und uns durch keine Talleyrands auf Seiten unserer Gegner in dem festen Beharren auf dem Willensfriedens Geradheitspfaden beirren lassen.

Friedensvorbereitungen in Weimar.

(Dyabilmeldung unserer Berliner Korrespondenz.)
Berlin, 23. April. Die Reichsregierung wird sich, wie wir hören, bereits am 1. Mai nach Weimar begeben. Da um diese Zeit die Verhandlungen der Friedensauschüsse der Nationalversammlung beginnen, hat die Regierung beabsichtigt, während der bevorstehenden Friedensverhandlungen in Paris während der Tagung des Friedensauschusses in Weimar anwesend zu sein. Die Vollversammlung der deutschen Nationalversammlung wird voraussichtlich am 5. oder 6. Mai beginnen. Eine frühere Einberufung der Nationalversammlung, wie sie in einzelnen demokratischen Blättern verlangt wird, dürfte nach unserer Erkundigungen nicht in Frage kommen. Es ist damit zu rechnen, daß die deutschen Friedensunterhändler etwa am 22. oder 23. d. M. Berlin verlassen werden. Die Friedens-

bedingungen dürften frühestens am 2. Mai der Reichsregierung bekannt sein. Unter diesen Umständen würde eine vorzeitige Einberufung der deutschen Nationalversammlung kaum Zweck haben.

Berlin, 23. April. Die französischen Zeitungen melden, daß die deutschen Bevollmächtigten und ihr Gefolge für nächsten Montag in Versailles erwartet werden sollen. Sie werden sofort in ein Hotel gebracht, das für sie referiert wurde. Der Friedensvertrag wird ihnen am nächsten Tage im Hotel „L'Annon" ausgehändigt werden.

„Gewalt“ oder Verständigungsfrieden?

London, 23. April. Die Londoner „Times“ verlangt bei ihren Besprechungen des jüngsten Zwischenfalles, daß auf keinen Fall mit den deutschen Delegierten verhandelt werde, sondern die Deutschen müßten entweder annehmen oder ablehnen. Nur „Manchester Guardian“, „Westminster Gazette“, „Daily News“ und „Daily Herald“ sind der Meinung, daß Diskussionen gestattet werden sollten. „Westminster Gazette“ erinnert daran, daß selbst 1871 verhandelt wurde. Wenn man den Frieden zu billigeren hätte und man automatisch zeichnen ließe, würde man Deutschland eine gute Entscheidung geben, den Friedensvertrag als einen lebenden Papier zu betrachten und danach zu handeln. Die Bedingungen würden auf alle Fälle streng sein. Die Mindestbedingungen, die Deutschland auf Grund der 14 Punkte auferlegt werden, müssen als das Ergebnis der niederschmetternden Niederlage betrachtet werden, eine Niederlage, wie sie noch nie eine Großmacht erlitten habe. Trotz alledem dürften die Alliierten in dieser Angelegenheit nicht daran denken, was sie jetzt herausschlagen könnten, sondern daran, daß Deutschland in 15 bis 20 Jahren wieder eine Großmacht sein werde, mit der man zu rechnen haben werde. Und dann dürfe sich dieser Friede nicht rächen. Dies sollten sich besonders die Italiener merken.

Die Adriafrage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 23. April. Der Korrespondent des „Nieuw Handelsbl.“ in Paris erklärt, daß man auch in der jetzigen Sitzung des Rates der Vier über die Adriafrage nicht weiter gekommen sei. „Echo de Paris“ meint, es seien keine Anzeichen für eine Verständigung da, aber man könne nicht abgeben, daß es im Augenblick, wo die Deutschen in Versailles erwartet werden, zu einem offenen Bruch kommt, während von anderen Korrespondenten gemeldet wird, daß die Italiener die Angelegenheit vor der Ankunft der Deutschen unbedingt verlangen. Die „Westminster-Gazette“ erklärt, daß diese Forderungen ungerecht seien. Italien könne sich nicht auf den Londoner Vertrag berufen, nachdem sich durch den Zusammenbruch Österreichs die Verhältnisse so verändert hätten. Wenn Italien seine Ziele durchsetze, würde man eine neue Kriegsurfrage schaffen, und dieser Krieg habe gelehrt, daß jeder Krieg in Europa einen Weltbrand entfachen würde. Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt, Italien sei nicht der einzige unzufriedene Bundesgenosse. Auch Japan sei mit der Abgabe der Kiautschoufrage unzufrieden. Japans Haltung in Paris mache ebenso große Sorge wie die italienische.

Die Frage der Bestrafung des Kaisers.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 23. April. Mit Bezug auf die gestern wieder aufgetauchten Behauptungen, daß die Entente nicht doch immer noch die Absicht haben, die für den Krieg Verantwortlichen zu bestrafen, hatte ich Gelegenheit, einen neutralen Diplomaten um seine Ansicht zu fragen, der in der Lage sein würde, zu wissen, was in dieser Beziehung hinter den Kulissen vor sich geht. Er bestätigte, daß es absolut unwahr sei, daß Belgien die Auslieferung des Kaisers verlangt habe, aber er meint, daß in letzter Zeit von gewissen nachlässigen Leuten Verleumdungen worden seien, einige Entente-Länder zu einem derartigen Schritt zu überreden nachdem es klar gemacht sei, daß ein diesbezüglicher Beschluß von der Konferenz oder dem Rat der Vier nicht zu erwarten sei. Aber die Sache sei jetzt endgültig als erledigt anzusehen, soweit es sich um Aburteilung oder Bestrafung des Kaisers handelt. Wilson und besonders Lansing halten sich der Bestrafung des Kaisers mit aller Energie widersetzt. Und auch der Kaiser von Japan hat seine Delegierten beauftragt, auf keinen Fall solchen Beschläfen zuzustimmen. Lord George hätte es im Hinblick auf die öffentliche Meinung gern gesehen, daß der Kaiser bestraft werde. Wilson hat erklärt, daß Amerika, im Falle es die Verhältnisse notwendig machen, zu einer Schutzmaßregel, wie es die Verbannung Napoleons war, seine Zustimmung geben würde. Wer man sei nach und nach zu der Ueberzeugung gekommen, daß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Kaiser ruhig in Holland lassen kann. Die Frage der Bestrafung gewisser Offiziere für angebliche Grausamkeiten ist noch unentschieden, aber mein Gewährsmann scheint zu glauben, daß man auch diese Frage fallen lassen werde.

Rückkehr der China-Deutschen.

Amsterdam, 23. April. Nachrichten aus dem Haag zufolge wird in Rotterdam am 25. April der Dampfer „Kreuz“ mit 720 aus China abtransportierten Deutschen in Bord erwartet, am 23. April der Dampfer „Nora“ mit 161 deutschen Männern, 173 Frauen und 27 Kindern, ferner der Dampfer „Sovara“ mit 155 Männern, 174 Frauen und 24 Kindern. Am 20. Mai wird der Dampfer „Anillo“ mit 205 Männern, 108 Frauen und 120 Kindern erwartet.

München vor dem Ruin.

Die Lage in München stellt sich folgendermaßen dar: Hunger, Not, Schrecken, Plünderung und Raub, Gewalttakte und Mord, das ist das Ergebnis der bolschewistischen Herrschaft weniger Tage. Kinder und Kranke, Greise und Frauen sterben dahin, denn die Bauernschaft weigert sich, in das Starrenhaus München Lebensmittel zu liefern. München steht vor dem Bankrott und dem Zusammenbruch. Seit Verkündung der kommunistischen Unabhängigkeit müssen die allerärmsten Arbeiter streiken. Sie werden vertrieben aus den Vertrieben herausgerissen und mißhandelt. Vom Sozialistischen Revolver geht die Verpflegung eines kommunikativ-organisatorischen Heeres vor die Vertrieben von Kranken Kindern und Säuglingen. In einer Schule lagerten 800 Zentner beschlagnahmte Nahrungsmittel, das an Hungerbetroffene verteilt werden sollte. Auch diese den Armen zugesagte Übergabe wurde von den Spartakisten geraubt. Selbst aus den Krankenhäusern und sogar aus einem Krüppelhaus wurden die Lebensmittel weggenommen. Die Kommunisten ziehen in Gorden in die nähere Umgebung und rekrutieren einfach, während die Bevölkerung darbt und Not leidet. Fast kennt man nur noch den Namen nach in München und Brot ist wegen Kohlenmangel von den Büdern nicht mehr zu bekommen. Aus der Schweinehaltung der künftigen Volksfäden, die noch vor wenigen Wochen erworben wurde, haben die Vertreter des Grundbesitzes „Allen gehört alles“ 300 Ferkel in das Spartakistenlager getrieben.

Vor der Entschleppungsschlacht.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 23. April. An der militärischen Entschleppungsschlacht gegen München und Südbayern nehmen auch 7000 Mann preussische Truppen teil. Preussische Artillerie ist nach dem Süden unterwegs.
München, 23. April. Zwischen Dachau und Pasing haben sich Vorpostengefechte zwischen roten Garden und Regierungstruppen entwickelt. Die Münchner Kommunisten verfügen über reiche Artillerie, was auf bevorstehende schwere Kämpfe schließen läßt. Vorausschicklich sind sich aus den jetzigen Vorpostenkämpfen die große Entschleppungsschlacht am den Belia München zu erwarten.

Verlegung der Regierung nach Nürnberg?

München, 23. April. Ueber die bairische Presse wurde gestern die Militärzensur verhängt.
Nürnberg, 23. April. Wie verlautbar wird, beschäftigt die Regierung Hoffmann, in den nächsten Tagen ihren Sitz nach Nürnberg zu verlegen, da sich die Verhältnisse in Bamberg, vor allem die drahtlichen Verbindungen, für den umfangreichen Regierungsbetrieb als völlig unzulänglich erwiesen haben. Allerdings scheint damit eine gewisse Gefahr verbunden zu sein, wenn man der Nürnberger Kommunisten nicht Herr wird. Wie nämlich die der Regierung nahestehende sozialistische „Frankl. Tagespost“ erzählt, betreiben die Nürnberger Kommunisten „und Unabhängigen für die nächsten Tage einen Handreich im Interesse ihrer Würdiger Genossen vor. Der sich insbesondere gegen die Eisenbahn richten soll, um den Truppen der Wehrmacht die Verbindung abzuschneiden. In den letzten Tagen tauchen auf den Straßen Kattatoren der Münchner Republik auf, die in Anbetracht die Arbeiter zur Unterwerfung Münchens zu den Waffen rufen. Es kam verschiedentlich zu Ansammlungen, die die Polizei zerstreute. Die Redner wurden verhaftet. Heute früh sah es aber vor dem Wehrbau für die bairische Volkswehr Schrecken zwischen Spartakisten und Angeworbenen. Militär stellte die Ruhe wieder her.

Die Säuberung von Burg.

Regensburg, 23. April. Der im Stadtteile Oberhausen verbliebene Rest der bewaffneten Arbeiterkassette hat abends die gemachten Gefangenen, vier Würtemberger, darunter einen Offizier, und 20 Bayern ausgeliefert, ebenso beträchtliche Mengen von Waffen. Später rückte Infanterie mit zwei Geschützen in die Oberhausen vorgelagerte Vorstadt — links der Wehr — ein. Die Säuberung des Platzes vor der Wehrstraße wurde mit Gewaltanwendung erfolgen. Dabei wurden ein Arbeiter getötet und drei verwundet.

Heute vormittag fand auf dem großen Exerzierplatz eine Massenversammlung der Arbeiter statt, in der der Generalkomitee für die Dauer der Anwesenheit der Regierungstruppen beschlossen wurde. Wie verlautet, besteht die Stadtkommandant, von seinem Posten zurückzutreten.

Stuttgart, 23. April. Der für gestern angefordigte politische Generalkomitee, der sich gegen die Entsendung von Truppen nach Bayern richten sollte, ist nicht zur Ausführung gelangt. In ähnlichen Großbetrieben wird gearbeitet. Auch die Arbeiterkassette der Daimlerwerke beschloß, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Unruhen in Hamburg.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 23. April. Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind in letzter Nacht zwischen Rathaus und Zeughausmarkt über 80 Geschäfte von den plündernden Banden aus geraubt. Regierungstruppen und Gendarmen und vom Hannoverischen sind in Altona und Wandsbek eingedrückt, um an der Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg teilzunehmen.
Im Untersuchungen mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Magistraten der Städte Altona und Wandsbek ist der Belagerungszustand über Hamburg, Altona und Wandsbek verhängt worden.